

**Protokoll**  
**über die Sitzung des Ausschusses für**  
**Planungs- und Umweltangelegenheiten**  
**am Montag, den 17. Februar 2014**  
**im Schlosssaal Bleeck**

**Beginn: 19.30 Uhr**

**Ende: 21.50 Uhr**

Anwesend: Herr Bredfeldt als Vorsitzender  
Herr Kutz  
Frau Meins  
Herr H. Müller  
Herr Schadendorf  
Herr Wrage  
Herr Otters  
Herr Park  
Herr Poggensee  
Frau Reck  
Herr Fülischer als Vertreter für Herrn Weiß

Nicht stimmberechtigt: Herr Hinck, Herr Maczeyzik, Herr Dr. Sieckmann-Joucken,  
Herr Barth, Herr Behm, Herr Cheglov, Herr Helmcke, Herr  
Dr. Spies

Ortsnaturschutzbeauftragter: Herr Dr. Schäffler  
Seniorenbeirat: Herr Wassermann  
Jugendbeirat: Frau Müller  
Von der Verwaltung: Herr Bürgermeister Kütbach  
Protokollführer: Herr Reinbacher  
Gäste zu TOP 3: Herr Heichen und Herr Hönig, LAIRM CONSULT GmbH

**Tagesordnung**

**Öffentlicher Teil der Sitzung:**

Nr.	Bezeichnung
1.	Einwohnerfragestunde
2.	Fortsetzung Innenstadtentwicklung – Bleeck
3.	Lärmaktionsplanung 2. Stufe hier: Entwurfsbeschluss
4.	7. Änderung Bebauungsplan Nr. 20, Aldi/Famila, Lohstücker Weg hier: Entwurfsbeschluss, Vorentwurf
5.	Richtlinie zur ehrenamtlichen Tätigkeit des/der Ortsnaturschutzbeauftragten
6.	Handlungsempfehlungen Grünflächenpflege
7.	Bauvoranfrage, Mehrfamilienhäuser Memellandweg 1
8.	Bericht der Verwaltung
9.	Verschiedenes

**Nicht öffentlicher Teil der Sitzung:**

Nr.	Bezeichnung
10.	Planungs- / und Grundstücksangelegenheiten

**Herr Bredfeldt** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Einladung werden keine Einwendungen erhoben.

Auf Antrag wird die Tagesordnung um TOP 7 – Bauvoranfrage, Mehrfamilienhäuser Memellandweg 1 – einstimmig erweitert. Die Reihenfolge der bisherigen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

<b>TOP 1</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>
--------------	-----------------------------

Zu Beginn der Sitzung sind ca. 20 Bürgerinnen und Bürger anwesend. Die Presse wird durch Herrn Behn vertreten.

Keine Wortmeldungen.

<b>TOP 2</b>	<b>Fortsetzung Innenstadtentwicklung - Bleeck</b>
--------------	---

**Herr Bredfeldt** führt in das Thema ein und verweist auf das Beratungsergebnis der letzten Ausschusssitzung. Die Verwaltung hat die Varianten der möglichen Verkehrsführung auf dem Bleeck mit Vertretern der Verkehrsaufsicht erörtert. Das Ergebnis ist, dass eine Vollsperrung der Hamburger Straße zurzeit nicht in Frage kommt und dass die Variante 2a die deutlich bessere verkehrliche Lösung ist.

Herr Bredfeldt betont, dass das Ziel der heutigen Beratung die Beschlussfassung zur künftigen Verkehrsführung sein sollte, damit dadurch für die Öffentlichkeit Klarheit herrscht und mit der Umsetzungsphase begonnen werden kann.

**Der Protokollführer** erläutert kurz die Aspekte, die aus dem Gespräch mit der Verkehrsaufsichtsbehörde zu dem genannten Ergebnis geführt haben. Er stellt auch die Ideen einiger Bleeck-Anlieger vor.

**Herr Müller** verteilt im Ausschuss einige historische Bilder vom Bleeck und Beispiele für Gestaltung und Verkehrsführung (Anlage 1).

**Herr Schadendorf** geht kurz auf die Bewertung der Verkehrsaufsicht ein, begrüßt die nun vorliegenden klaren Aussagen aus verkehrsrechtlicher Sicht. Seine Fraktion hat sich nun für die Variante 2a ausgesprochen. Er erläutert dann anhand einer Skizze noch verschiedene Gestaltungs- und Funktionsvorschläge für die künftige Ausbauplanung.

**Herr Bredfeldt** sagt, dass seine Fraktion nach wie vor der Meinung ist, dass die Variante 1 gut gewesen wäre. Aus der Konsequenz den vorliegenden Informationen wird jetzt auch die Variante 2a empfohlen. Er ergänzt die Gestaltungsvorschläge der SPD-Fraktion um die Anregung, mindestens drei Querungshilfen an geeigneter Stelle auf dem Bleeck zu installieren. Als Anlage (Anlage 2) ist die vorgenannte Skizze mit Textanmerkung beigelegt.

**Herr Wrage** erläutert die Entscheidung seiner Fraktion für die Variante 2a. Die weiteren Anregungen der CDU-Fraktion sind dem Protokoll als Anlage (Anlage 3) beigelegt.

**Herr Kutz** spricht die Radwegeverkehrsführung aus Richtung Süden an. Die Wahl des Materials für die künftigen Oberflächen sollte auch mit Blick auf Geräusentwicklung erfolgen. Die künftige Gestaltung der Straßeneinmündungen sollten den verkehrrechtlichen Regelungen angepasst werden.

**Herr Bredfeldt** empfiehlt, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit entsprechenden Plakaten über den Stand und die Ziele der Bleeck-Umgestaltung an geeigneter Stelle zu informieren. Was die Umsetzung der Baumaßnahmen angeht, sollte auch Maßnahmen, die vorgezogen werden könnten, wie z. B. den Abbau der Signalanlagen, vorgezogen werden.

Zum Schluss der Diskussion stellt **Herr Bredfeldt** die diesem Protokoll beigefügte Variante 2a, auf deren Grundlage die Planungen für die Neugestaltung des Bleeck fortgesetzt werden sollten, zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung**

<b>TOP 3</b>	<b>Lärmaktionsplanung 2. Stufe hier: Entwurfsbeschluss, Vorentwurf</b>
--------------	--

**Herr Bredfeldt** führt in das Thema ein und verweist auf die bereits vor einigen Jahren stattgefundenen Beratungen zur Stufe 1 der Lärmaktionsplanung.

**Herr Heichen** erläutert dann anhand der diesem Protokoll beigefügte PowerPoint Präsentation die Ergebnisse der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung (2013) der Stadt Bad Bramstedt. Sein Beitrag führt über die Einführung in die Lärminderungsplanung bis hin zu einem Maßnahmenkatalog der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung. Abschließend hebt er hervor, dass aus der Verpflichtung der betroffenen Kommunen zur Aufstellung von Lärmaktionsplänen gute Grundlagen zu erkannten Lärmproblematiken auch für konkrete Bauleitplanverfahren geschaffen werden.

**Herr Bürgermeister Kütbach** fragt, ob diese Ergebnisse auch einen Ansatz bieten, Argumente für die Sperrung der Innenstadt für den LKW-Verkehr zu unterstützen.

**Herr Heichen** sagt, dass er dieses Thema gern noch überprüfen wird.

**Herr Dr. Schäffler** verweist auf die ausgewiesenen „ruhigen Gebiete“ um das alte Waldbad herum. Durch zu schnelles Fahren und durch Beschleunigen auf der Ortsumgehungsstraße wird erheblicher Lärm verursacht. Dort müssten Beschränkungen erfolgen.

**Herr Heichen** sagt, dass die Berechnungsmodelle dafür keine Grundlage bieten.

**Herr Helmcke** vermutet, dass die Ortsumgehungsstraße doch Vorteile für die Innenstadt gebracht hat.

Das bestätigt **Herr Heichen**.

Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss den vorliegenden Entwurf der Erstellung und Begleitung der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung (2013) der Stadt Bad Bramstedt für die öffentliche Auslegung und Beteiligung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Herr Bredfeldt** sagt, dass dieses Thema bereits auf der Tagesordnung der vorangegangenen Sitzung war, aber geschoben werden musste.

**Der Protokollführer** erläutert den Sachverhalt: Der Antragsteller, die Fa. Famila, möchte dem Geschäft Aldi am Standort Famila die Möglichkeit bieten, die vorhandene Verkaufsfläche von rund 700 qm um ca. 300 qm auf ca. 1.000 qm zu erweitern. Das kann nur durch Änderung und Ergänzung des vorhandenen Bebauungsplanes geschehen. Zur Vorbereitung auf das Bebauungsplanänderungsverfahren liegt eine Aktualisierung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes mit einer Standort- und Verträglichkeitsanalyse für den Standort am Lohstücker Weg vor. Im Ergebnis wird festgestellt, dass der Expansionsrahmen für Lebensmitteleinzelhandel in Bad Bramstedt erschöpft ist, das aber von seiner Funktion her, das Aldi-Erweiterungsvorhaben mit den Zielsetzungen aus dem Einzelhandelsentwicklungskonzept kompatibel ist.

**Herr Bredfeldt** sagt, dass seine kritische Meinung zur Gesamthematik der Lebensmitteleinzelhandelsentwicklung hinreichend bekannt ist. Da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend klar ist, ob und in welchem Umfang entsprechenden Einrichtungen im Fachmarktzentrum geschaffen werden, empfiehlt er, die Entscheidung in dieser Sache so lange zurückzustellen.

**Herr Schadendorf** sieht das nicht so. Er hält diese Erweiterung mit ca. 300 qm Verkaufsfläche im Sinne einer Konzeptanpassung für angemessen. Eine Verknüpfung mit der konkreten Entscheidung für das künftige Fachmarktzentrum hält er für nicht erforderlich und nicht zumutbar.

**Herr Wrage** schließt sich inhaltlich der Bewertung von Herrn Bredfeldt an. Er kann persönlich nicht erkennen, warum überhaupt eine Erweiterung des Aldi-Marktes erforderlich sein soll, da die Geschäftssituation nach seiner Einschätzung doch offensichtlich gut funktioniert.

**Frau Meins** spricht sich für den Erweiterungswunsch aus, da es sich ja nicht um eine neue Entwicklung – einen neuen Anbieter – handelt sondern um die Modernisierung eines vorhandenen Angebotes. Das kommt auch den Kunden zugute.

**Herr Bürgermeister Kütbach** konkretisiert die bisherigen Ergebnisse der Fortschreibungen des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes. Seit einigen Jahren schon bewegt sich Bad Bramstedt, was den Lebensmitteleinzelhandel angeht im Rahmen einer geringfügigen Überschreitung. Dieser Fall liegt nach seiner Einschätzung innerhalb des bisherigen Rahmens zugelassener Überschreitungen. Er erinnert daran, dass es im Zusammenhang mit den Neuplanungen für das Fachmarktzentrum durchaus auch politische Aussagen gegeben hat, den Standort Famila/Aldi zu stützen.

**Herr Kutz** sagt, dass im Lebensmitteleinzelhandel neue Geschäftsmodelle eben mehr Fläche erfordern. In diesem Punkt sieht er keine Problematik.

Nach kurzer Beratung beschließt der Ausschuss die Aufstellung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 Lohstücker Weg.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung**

<b>TOP 5</b>	<b>Richtlinie zur ehrenamtlichen Tätigkeit der/des Ortsnaturschutzbeauftragten</b>
--------------	--

**Herr Bredfeldt** verweist den der Einladung beigefügten Entwurf der Richtlinie zur ehrenamtlichen Tätigkeit der/des Ortsnaturschutzbeauftragten.

**Herr Dr. Schäffler** hat Bedenken zur Fassung des § 4 – Verschwiegenheitspflicht – und zitiert aus der gesetzlichen Regelung des § 96 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Er empfiehlt, diese rechtlichen Hinweise in die Richtlinien aufzunehmen.

**Herr Bürgermeister Kütbach** sagt, dass diese Notwendigkeit aus seiner Sicht nicht gesehen wird. Die Rechte und Pflichten ehrenamtlicher Tätigkeit ergeben sich aus dem kommunalen Verfassungsrecht (Gemeindeordnung). Darüberhinausgehende spezialgesetzliche Regelungen, wie die von Herrn Dr. Schäffler erwähnten, bleiben dadurch generell unberührt. Die Verwaltung wird prüfen, welche ergänzenden Hinweise ggf. hinzugefügt werden sollten.

**Herr Schadendorf** stellt fest, dass es keine Regelung zum Wahlverfahren und zur Wahlzeit gibt.

**Herr Bredfeldt** unterstützt diesen Hinweis und empfiehlt, das zu ergänzen. Das Wahlverfahren zur Neubestellung des Ortsnaturschutzbeauftragten sollte innerhalb eines Jahres nach Ablauf der Wahlzeit bzw. Beginn der neuen Legislaturperiode zum Abschluss gebracht werden.

Nach Überarbeitung des Entwurfes wird dieser erneut zur Beratung vorgelegt werden.

<b>TOP 6</b>	<b>Handlungsempfehlungen Grünflächenpflege</b>
--------------	--

**Herr Bredfeldt** verweist auf die der Einladung beigefügte Handlungsempfehlung als Ergebnis intensiver Beratungen in der Arbeitsgruppe.

**Der Protokollführer** sagt, dass die Empfehlungen auf die fachlichen Möglichkeiten und Kapazitäten des städtischen Bauhofes zwar abgestimmt sind, aber es eine konkrete Aussage, dass alle Dinge auch zeitgerecht erledigt werden können, nicht gegeben werden kann. Im Einzelfall haben die Kernaufgaben des städtischen Bauhofes Priorität.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Herr Dr. Schäffler** kritisiert den aus seiner Sicht nicht fachgerechten Baumschnitt an den Linden am Butendoor.

**Der Protokollführer** nimmt Kenntnis und sagt zu, den Hinweis zu überprüfen.

Abschließend stellt **Herr Bredfeldt** den Entwurf der Handlungsempfehlungen Grünflächenpflege zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:            einstimmig**

<b>TOP 7</b>	<b>Bauvoranfrage, Mehrfamilienhäuser Memellandweg 1</b>
--------------	---

**Der Protokollführer** erläutert den Antragsinhalt: Der Antragsteller beabsichtigt, auf dem jetzigen Betriebsgelände (Käsewerk) Memellandweg 1 insgesamt 4 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt je 4 Wohneinheiten (!) (und nicht 6 Wohneinheiten!) mit dazugehörigen Carport-Anlagen zu erstellen. Die Gebäude sind in zweigeschossiger Bauweise, mit flachgeneigtem Dach und einer Firsthöhe von ca. 10 m geplant.

Eine erste Überprüfung in Abstimmung mit der Planungsabteilung des Kreises hat kein unmittelbares Planungserfordernis (Aufstellung eines Bebauungsplanes) ergeben. Ggf. wären etwaige Baurechte nach den Innenbereichskriterien des § 34 des Baugesetzbuches möglich.

Nach kurzer Aussprache ist der Ausschuss grundsätzlich mit einer Folgenutzung ausschließlich zu Wohnzwecken einverstanden. Die Intensität der geplanten Nutzung und die Höhenentwicklung sollte mit dem Antragsteller noch einmal erörtert werden.

<b>TOP 8</b>	<b>Bericht der Verwaltung</b>
--------------	-------------------------------

- **Der Protokollführer** informiert über das Ergebnis der Befragung der Landesplanungsbehörde zu der **Projektplanung „Umnutzung Resthof Clashorn“**. Sowohl die Kreisplanung als auch die Landesplanungsbehörde widersprechen der beabsichtigten Entwicklung des Grundstückes im Ortsteil Clashorn. Begründung unter anderem: Zusätzliches Dauerwohnen im Außenbereich entspricht keiner geordneten städtebaulichen Entwicklung. Kindertagesstätten sollten im zentralen Siedlungsbereich und nicht weit ab von den Wohngebieten eingerichtet werden. Deshalb wird empfohlen, von einer Bauleitplanung abzusehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- **Der Protokollführer** informiert den Ausschuss über den Stand der Beratung zur **Umsetzung des regionalen Entwicklungskonzeptes**. Heute hat es eine weitere Veranstaltung zum Thema Gewerbeflächen-Management gegeben. Die NORDGATE-Partner, die Gemeinde Boostedt und die Ämter Bad Bramstedt-Land und Kaltenkirchen-Land sind sich generell einig, sich an dieser Umsetzung inhaltlich und auch finanziell zu beteiligen. Zurzeit wird die Ausschreibung für eine gutachterliche Erfassung und Bewertung vorbereitet. Auch die finanzielle Beteiligung der interessierten Partner wird noch abschließend erörtert werden müssen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<b>TOP 9</b>	<b>Verschiedenes</b>
--------------	----------------------

- **Herr Bredfeldt** verweist auf den nächsten **turnusmäßigen Termin** am Montag, den **17. März 2014**.

- Herr Barth fragt nach dem Stand der **Planungen der Privatschule im Gewerbegebiet Süd**. Der **Protokollführer** sagt, dass in dieser Hinsicht keine weiteren Aktivitäten bekannt sind.
- **Herr Helmcke** kommt auf die Handlungsempfehlungen Grünflächenplanung zurück und verweist auf die derzeitige **schwierige Situation der Mitarbeiter des Bauhofes** wegen der noch fehlenden Unterbringungs- und Lagermöglichkeiten. Er **lobt ausdrücklich die Einsatz- und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter** des städtischen Bauhofes insbesondere auch den erheblichen Umfang der Beseitigung der Sturmschäden.  
Der Ausschuss schließt sich durch Tischklopfen diesem Dank an.
- **Herr Müller** bezweifelt die Idee, einen **Rechtsabbieger Landweg/König-Christian-Straße** einzurichten. Er plädiert dafür, intensiver auf die AKN wegen der Schrankenanlagen einzuwirken.

**Herr Bürgermeister Kütbach** sagt, dass diese Angelegenheit auch weiterhin Thema in der Kommunikation mit den AKN-Verantwortlichen bleiben wird.

**Herr Schadendorf** sagt, dass es doch wohl möglich sein muss, die technische Regelung des Bahnverkehrs zugunsten des Straßenverkehrs zu optimieren.

**Herr Wrage** informiert über die umfassende Beratung im Bauausschuss. Grundsätzlich hält er den Rechtsabbieger schon für eine Verbesserung der jetzigen Verkehrssituation.

Eine Beratung zu TOP 10 – Planungs- und Grundstücksangelegenheiten - im nicht öffentlichen Teil der Sitzung findet nicht statt.

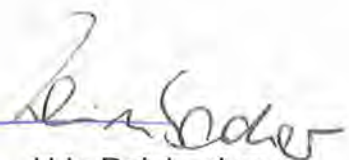
Gesehen:



Fritz Bredfeldt  
Vorsitzender



Hans-Jürgen Kütbach  
Bürgermeister



Udo Reinbacher  
Protokollführer 20.2.14